

**Leitung der Bezirkssozialarbeit und der Sozialbürgerhäuser/Soziales (S-IV)**

Anlage Nr.	IBeS-Nr. (SOZ-intern)	Organisations-einheit	Titel geplanter Beschluss
76	135/17	S-IV	Personalbemessung Operative – Psychologischer Fachdienst in den SBHs/ZEW und Fachberatung S-II-E/PD
77	56/18	S-IV	Weiterentwicklung SBHs – Standortfortschreibung
78	136/17	S-IV	Sicherung des Regelbetriebs des Fachverfahren SoJA
79	137/17	S-IV	Konzeptionierung und Durchführung einer Personalbemessung für die Operative (VMS, S-II-E/J)



Information über Beschluss mit Folgekosten

Referat/e: Sozialreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-IV	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbemessung Operative – Psychologischer Fachdienst in den SBHs/ZEW und Fachberatung S-II-E/PD, IBeS-Nr.: 135/17		

**1. Aufgabe**

**1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Die Personalausstattung ist im Hinblick auf die aktuellen und künftigen Bedarfe (qualitativ und quantitativ) zu überprüfen und aufgrund der Praxiserfahrungen im Arbeitsalltag wahrscheinlich deutlich anzupassen.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

**Begründung:**

Pflichtaufgabe: Gesetzeskonformen Bedarfsprüfungen und deren Hilfeplanungen von Individualleistungen mit Rechtsanspruch (Eingliederungshilfen gem. § 35a SGB VIII).

Daueraufgabe: Sicherstellung muss gewährleistet werden.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	--

**Erläuterung:**

Beschlussziel: StR-Entscheidung Sicherstellung von sachgerechten (bedarfsgerecht, wirtschaftlich, effektiv) und gesetzeskonformen Bedarfsprüfungen und deren Hilfeplanungen von Individualleistungen mit Rechtsanspruch (Eingliederungshilfen gem. § 35a SGB VIII). Die Fachkräfte des Psychologischen Fachdienstes prüfen demnach, ob die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme gesetzlicher Leistungen vorliegen sowie die Geeignetheit und Notwendigkeit der Hilfen.

Grundsatzbeschluss: „Ausbau und Weiterentwicklung der Psychologischen Dienste in den SBHs/ZEW“ gemäß den Ergebnissen der Personalbemessung in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe und Erwachsenenhilfe

**2. Finanzielle Auswirkungen**

**2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€

2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	747.000 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

### 3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	7,0 Operative SBH-PD		4, SD
	1,0 Fachberatung (S-II-E/PD)		4, SD
	0,5 Operative S-II-E/J		4, SD
	0,5 Fachsteuerung S-II-E/PD		4, VD/SD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	11,3 Operative SBH-PD	5,75	4, SD
	1,5 Fachberatung (S-II-E/PD)	1,0	4, SD
	0 Operative S-II-E/J		
	1,62 Fachsteuerung S-II-E/PD		

### 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:  
 Personalbemessung mit POR nach gültigen Standards bereits durchgeführt und Ergebnis akzeptiert

### 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:  
 Keine Alternative zur Prüfung von Voraussetzungen für die Inanspruchnahme gesetzlicher Leistungen.

## 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:  
Bewilligung fachlich ungeeigneter Hilfen nimmt tendenziell zu

## 6. zusätzlicher Büroraumbedarf

ja

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 2  
Bedarf in qm: 22,0 qm

### 6.2 Begründung:

Der unter 3. geltend gemachte Bedarf an zusätzlichem Personal muss in den Verwaltungsgebäuden des Sozialreferats untergebracht werden. Die Schaffung der benötigten Arbeitsplätze für das beantragte Personal kann aus Sicht des Sozialreferats nicht mehr in den bereits zugewiesenen Flächen erfolgen. Es werden daher vermutlich zusätzliche Flächen für die unter 3. dargestellten Arbeitsplätze benötigt.

### Berechnung:

Anzahl neuer VZÄ (ohne Entfristungen/Weiterbefristungen) x Netto-Arbeitsfläche 11,0 qm



Information über Beschluss mit Folgekosten

Referat/e: Sozialreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-IV	Federführung:
-----------------------------	--	---------------

Arbeitstitel geplanter Beschluss:  
Weiterentwicklung SBHs - Standortkonzeptionsfortschreibung, IBeS-Nr.: 56/18

**1. Aufgabe**

**1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Beantwortung der Anfrage der Fraktionen von SPD und CSU vom 1.12.17 bezüglich der Weiterentwicklung der SBHs und der Fortschreibung der Standortkonzeption, Vorschläge für einen verbesserten Bürgerservice, Darstellung von Optionen der Einrichtung von Standorten im Eigentum der LHM

Beibehaltung der 12 Standorte, Optimierung der Eingangssituation, Verbesserung der Raumsituation

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung: dauerhaft verbesserter Bürgerservice, es erfolgt vorab intensives Clearing um die Bedarfe der BürgerInnen zu klären, Verringerung der Wartezeit, Zuwachs von Kundenaufkommen Infothek ist Schlüsselbereich im SBH;

Zudem handelt es sich im Bereich der Infothek um einen Präsenzdienst der für Publikumsverkehr u. telef. Erreichbarkeit zwingend mit 2 Personen besetzt sein muss, mit Einführung Call-Center mussten 6,5 Stellen abgegeben werden, dies gefährdet den Präsenzdienst.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	--	--

**Erläuterung:**

Veränderung von Aufgabenzuschnitten. Um der zunehmenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die Hilfen durch das SBH benötigen, gerecht zu werden, sind die Ressourcen im Eingangsbereich der SBH dem Bedarf angepasst. Den Eingangsbereichen kommt eine Schlüsselstellung im SBH zu, um eine bürgerorientierte, qualitativ hochwertige Aufgabenerfüllung zu gewährleisten.

**2. Finanzielle Auswirkungen**

**2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€

2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	525.750 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	9,5	3,0	2 und 3, VD, SZ
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	0		

#### 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Bei den 3 QE 3-Stellen wird eine methodische Stellenbewertung nicht durchgeführt, diese beantragten Stellen sollen vorerst befristet sein um Ideen zur Optimierung der Eingangssituation in einem Pilotheus zu erproben.

Bei den 6,5 QE 2 Stellen wird eine methodische Stellenbemessung nicht durchgeführt, steigendes Kundenaufkommen wie z.B. aus den stetig steigenden Fallzahlen z.B. im SGB XII, Wirtschaftliche Jugendhilfe und Unterhaltsvorschuss ersichtlich.

#### 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:  
keine

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

- längere Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürgern,
- weniger Zeit für gutes Vorclearing
- weniger Zeit für ausführliche Information der BürgerInnen,
- weniger Zeit um auf BürgerInnen individuell (z.B. bei Sprachproblemen) eingehen zu können,
- Sicheres Erkennen von Gefährdungslagen und Sicherstellen einer weitergehenden bevorzugten



### 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung

Bearbeitung gefährdet

- Präsenzdienst gefährdet

→ steigendes Aggressionspotential, Zunahme von Beschwerden

- bei MitarbeiterInnen steigende Ausfallzeiten aufgrund Überlastungen

### 6. zusätzlicher Büroraumbedarf

ja

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm: 121,0 qm

6.2 Begründung/Berechnung:

Der unter 3. geltend gemachte Bedarf an zusätzlichem Personal muss in den Verwaltungsgebäuden des Sozialreferats untergebracht werden. Die Schaffung der benötigten Arbeitsplätze für das beantragte Personal kann aus Sicht des Sozialreferats nicht mehr in den bereits zugewiesenen Flächen erfolgen. Es werden daher vermutlich zusätzliche Flächen für die unter 3. dargestellten Arbeitsplätze benötigt.



## Information über Beschluss mit Folgekosten

Referat/e: Sozialreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-IV	Federführung: S-II-E/ S-IV
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Sicherung des Regelbetriebs des Fachverfahren SoJA, IBeS-Nr.: 136/17		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Das Sozialreferat hat das Projekt SoJA zur Einführung einer Software für die wirtschaftliche Jugendhilfe (SoJA-14Plus) und Soziale Arbeit (SoJA-WebFM) in zwei Stufen zum 28.02.2017 abgeschlossen. Mit SoJA-KRISTALL wurde zudem für die zur Steuerung nötigen Auswertungen eine entsprechende Controlling-Software bereitgestellt.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

**Begründung:**

Daueraufgabe: Fachverfahren und damit verbundene Prozessstandards im Regelbetrieb dauerhaft sichern, Dashboardlizenzen dauerhaft notwendig.

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	--

**Erläuterung:**

Um die erfolgte Überführung des Fachverfahrens und der damit verbundenen Prozessstandards in den Regelbetrieb dauerhaft zu sichern, ist über den Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses vom 24.10.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09908) hinaus die Entfristung von 1,5 VZÄ sowie die (befristete) Neuschaffung von 1,0 VZÄ erforderlich. Zusätzlich werden Dashboardlizenzen dauerhaft notwendig.

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€

2.1.2.1 Personalauszahlungen	166.750 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	336.000 €

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,0 Fachsteuerung		3; VD, SD
	0,5 Fachcontrolling		3; VD, SD
	1,0 PBI	1,0	3; VD, SD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,0 Fachsteuerung	1,0	3; VD, SD
	2,0 Fachcontrolling	0,5	3; VD, SD
	0 PBI		

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Personalbemessung ist beantragt – soll zusammen mit Personalbemessung der S-II-E/Wirtschaftliche Jugendhilfe durchgeführt werden.

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Keine Alternative um den Regelbetrieb dauerhaft zu sichern
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Steuerung und Controlling der erzieherischen Hilfen kann nicht erfolgen

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>	ja
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 1 Bedarf in qm: 11,0 qm	
6.2 Begründung: Der unter 3. geltend gemachte Bedarf an zusätzlichem Personal muss in den Verwaltungsgebäuden des Sozialreferats untergebracht werden. Die Schaffung der benötigten Arbeitsplätze für das	

beantragte Personal kann aus Sicht des Sozialreferats nicht mehr in den bereits zugewiesenen Flächen erfolgen. Es werden daher vermutlich zusätzliche Flächen für die unter 3. dargestellten Arbeitsplätze benötigt.

Berechnung:

Anzahl neuer VZÄ (ohne Entfristungen/Weiterbefristungen) x Netto-Arbeitsfläche 11,0 qm



Information über Beschluss mit Folgekosten

Referat/e: Sozialreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-IV	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Konzeptionierung und Durchführung einer Personalbemessung für die Operative (VMS, S-II-E/J), IBeS-Nr.: 137/17		

<b>1. Aufgabe</b>		
<b>1.1 Beschreibung der Aufgabe:</b> Die pädagogischen Fachkräfte in den Organisationseinheiten „Vermittlungsstelle“ und „Jugendhilfe für besondere Lebenssituationen“ nehmen gesetzliche Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wahr.		
<b>1.2 Aufgabenart</b>		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung: Pflichtaufgabe: Aufgabenspektrum umfasst gesetzliche Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Daueraufgabe: Dauerhafte Sicherstellung des Personalbedarfs notwendig		
<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Erläuterung: Eine rechtskonforme, wirkungsorientierte und effiziente Sachbearbeitung setzt ausreichendes und qualifiziertes Personal voraus. Um den Personalbedarf kontinuierlich zu bemessen, bedarf es eines Instruments zur Personalbemessung. Ohne ein geeignetes Verfahren zur Personalbemessung wird es immer wieder zu eklatanten Personalüberlastungen kommen. Dies führt zu Mängeln in der sachgerechten und gesetzeskonformen Aufgabenerfüllung bis hin zu Beeinträchtigungen in der Wahrnehmung von Hilfebedarfen und Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen.		

<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>2.1 konsumtiv</b>	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€

2.1.2.1 Personalauszahlungen	33.350 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	0,5	0,5	3, SD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	0		

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Personalbemessung ist beantragt – soll zusammen mit Personalbemessung der S-II-E/Wirtschaftliche Jugendhilfe durchgeführt werden.

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Keine Alternative denkbar – Ohne ein geeignetes Verfahren zur Personalbemessung werden eklatante Personalüberlastungen manifestiert.
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Bekanntes Folge von Überlastung ist erhöhte Personalfuktuation

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 1 Bedarf in qm: 11,0 qm
6.2 Begründung: Der unter 3. geltend gemachte Bedarf an zusätzlichem Personal muss in den Verwaltungsgebäuden des Sozialreferats untergebracht werden. Die Schaffung der benötigten Arbeitsplätze für das beantragte Personal kann aus Sicht des Sozialreferats nicht mehr in den bereits zugewiesenen Flächen erfolgen. Es werden daher vermutlich zusätzliche Flächen für die unter 3. dargestellten Arbeitsplätze benötigt. Berechnung: Anzahl neuer VZÄ (ohne Entfristungen/Weiterbefristungen) x Netto-Arbeitsfläche 11,0 qm